

37. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution „Atomwaffen ächten“

Adressat: Synode der EKD 2019 zu „Frieden“ in Dresden
Antragsteller: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
Ansprechpartner: AGDF, Geschäftsführer Jan Gildemeister, Eendenicher Straße 41, 53115 Bonn
Veranstaltung: Podium: „Des Friedens überdrüssig? | Wenn religiöse Visionen konkret werden“ am 20.06.2019, 11-13 Uhr

Resolution:

Wir fordern die Synode der EKD auf, bei ihrer Tagung im November 2019 in Dresden einen Beschluss zur Ächtung von Atomwaffen und gegen die nukleare Abschreckung als eine „heute noch mögliche“ ethisch verantwortbare Sicherheitspolitik zu verabschieden sowie die Bundesregierung aufzufordern, umgehend den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.

Begründung

2014 hat die 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen erklärt, dass Atomwaffen unvereinbar sind mit wahren Frieden. Wörtlich heißt es: „Sie verursachen durch ihre Explosion, Hitze und Strahlung unsagbares Leid. Sie führen zu Zerstörung, die weder räumlich noch zeitlich begrenzt ist. Ihre Zerstörungskraft ist unkontrolliert und mit keiner anderen Waffe der Welt wird eine entsprechende Wirkung erreicht. Solange es Atomwaffen in dieser Welt gibt, werden sie eine Gefahr für die Menschheit sein.“

Diese Erklärung reiht sich ein in eine Vielzahl von Beschlüssen des ÖRK. So bezeichnete die erste ÖRK-Vollversammlung 1948 den Krieg mit atomaren Waffen als eine „Sünde gegen Gott und eine Entwürdigung der Menschen“. Die Sechste Vollversammlung 1983 in Vancouver rief dazu auf, ein völkerrechtliches Instrument zu schaffen, mit dem sowohl der Besitz wie auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet werden soll. Und die Internationale ökumenische Friedenskonvokation in Jamaika betonte 2011 die Forderung nach einer vollständigen atomaren Abrüstung.

Die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 bekennt ebenso klar, dass eine Drohung mit Nuklearwaffen aus Sicht evangelischer Friedensethik heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden kann.

Doch mittlerweile droht ein neues nukleares Wettrüsten. Die USA und Russland haben den INF-Vertrag, der eine Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa verbietet, aufgekündigt. Beide Atomkräfte wollen ihre Waffenarsenale modernisieren. Der von 122 Staaten beschlossene Atomwaffenverbotsvertrag wird von den Atomkräften, aber auch von Deutschland, ignoriert. Atomwaffen bieten aber keinen Schutz durch Abschreckung gegen konventionelle oder atomare Angriffe.

(2133 Zeichen mit Leerzeichen)